Prime Minister Sheikh Hasina
Prime Minister’s Office
Old Sangsad Bhaban
Tejgaon, Dhaka-1215
BANGLADESCH

Dezember 2023

**Shahnewaz Chowdhury**

Sehr geehrte Premierministerin,

dem Ingenieur Shahnewaz Chowdhury droht eine langjährige Haftstrafe, weil er sich für die vom Klimawandel in der Region Banshkhali betroffene Bevölkerung einsetzt. Nach einem weiteren starken Sturm im Mai 2021 erklärte Shahnewaz Chowdhury auf Facebook, der Sturm sei eine Auswirkung des Klimawandels, zu dem das umweltschädliche Kohlekraftwerk von Banshkhali beitrage. Er verurteilte, dass zwölf Menschen bei Protesten gegen das Kraftwerk getötet wurden und rief junge Menschen dazu auf, sich "diesem Unrecht zu widersetzen". Daraufhin reichte das Kraftwerksunternehmen Klage gegen Shahnewaz Chowdhury ein. Er wurde 2021 festgenommen und wegen "Verbreitung falscher und beleidigender Informationen" unter Anklage gestellt. Er verbrachte 80 Tage lang in Haft, bevor er gegen Kaution wieder freikam.

Ich fordere Sie höflich und mit Nachdruck auf, dafür zu sorgen, dass alle Anklagen gegen Shahnewaz Chowdhury fallen gelassen werden.

Bitte stellen Sie auch sicher, dass das neue Cybersicherheitsgesetz, das das DSA ersetzen soll, internationalen Standards entspricht und die Verpflichtungen Bangladeschs zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung gemäß der Verfassung und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte eingehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie

Botschaft der Volksrepublik Bangladesch
S. E. Herr Md Mosharraf Hossain Bhuiyan
Kaiserin Augusta-Allee 111, 10553 Berlin

Xi Jinping
President of the People's Republic of China
Zhongnanhai, Xichangan'jie
Xichengqu, Beijing Shi 100017
VOLKSREPUBLIK CHINA

Dezember 2023

**Zhang Zhan**

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich schreibe Ihnen heute aus großer Sorge um Zhang Zhan.

Zhang Zhan ist eine ehemalige Anwältin und Bürgerjournalistin, die sich zu politischen und menschenrechtlichen Belangen in China äußerte. Im Februar 2020 reiste sie nach Wuhan, damals das Zentrum des Covid-19-Ausbruchs in China, und berichtete auf Online-Plattformen wie WeChat, Twitter (jetzt X) und YouTube über die Inhaftierung unabhängiger Reporter\*innen und über Schikanen gegen Familienangehörige von Betroffenen.

Am 14. Mai 2020 "verschwand" Zhang Zhan in Wuhan. Später wurde bekannt, dass sie mehr als 640 Kilometer entfernt bei der Polizei in Shanghai inhaftiert war. Das Volksgericht des Bezirks Pudong verurteilte Zhang Zhan am 28. Dezember 2020 wegen "Provokation von Streit und Sabotage der gesellschaftlichen Ordnung" zu vier Jahren Gefängnis.

Seit ihrer Verurteilung ist Zhang Zhan in einen teilweisen Hungerstreik getreten, um gegen das Urteil zu protestieren. Dies hatte schwerwiegende Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Nach Angaben eines Anwalts wurde sie im Juli 2023 in das Gefängniskrankenhaus eingeliefert; neben anderen besorgniserregenden langfristigen gesundheitlichen Folgen, wie Magen-Darm-Problemen, haben die Haftbedingungen und der teilweise Hungerstreik zu einem starken Gewichtsverlust geführt. Als sie im Juli ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wog sie nur noch 37 Kilo.

Zhang Zhan ist eine gewaltlose politische Gefangene, die lediglich aufgrund der friedlichen Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert wurde, weil sie über Covid-19 berichtet hatte.

Deswegen fordere ich Sie auf, dafür zu sorgen, dass Zhang Zhan umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Ich bitte Sie, sicherzustellen, dass Zhang Zhan bis zu ihrer Freilassung nicht gefoltert oder misshandelt wird, dass ihr regelmäßiger und uneingeschränkter Kontakt zu ihrer Familie und ihrem Rechtsbeistand gewährt wird, und dass sie die notwendige und angemessene medizinische Versorgung erhält.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie

Botschaft der Volksrepublik China, S. E. Herrn Wu Ken Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin

Präsident
Nicolás Maduro
Presidente de la República Bolivariana de Venezuela
Edificio Palacio de Miraflores
Avenida Urdaneta
Caracas
VENEZUELA

Dezember 2023

**Neun willkürlich Inhaftierte**

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich schreibe Ihnen heute aus großer Sorge um mehrere inhaftierte Personen in Venezuela.

Die venezolanische Regierung hat zahlreiche Menschen willkürlich inhaftiert, darunter Lehrer\*innen, Gewerkschafter\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und Journalist\*innen. Dazu zählen die Geschäftsfrau **Emirlendris Benítez** (inhaftiert im August 2018), das Ehepaar **María Auxiliadora Delgado** und **Juan Carlos Marrufo** (inhaftiert im März 2019), der Journalist und politische Aktivist **Roland Carreño** (inhaftiert im Oktober 2020), der ehemalige Gewerkschafter **Guillermo Zárraga** (inhaftiert im November 2020), der Ingenieur **Darío Estrada** (inhaftiert im Dezember 2020), der Lehrer und Gewerkschafter **Robert Franco** (inhaftiert im Dezember 2020), der Menschenrechtsverteidiger **Javier Tarazona** (inhaftiert im Juli 2021) und der Aktivist und Menschenrechtsverteidiger **Gabriel Blanco** (inhaftiert im Juli 2022).

Seit zehn Jahren dokumentiert Amnesty International den politisch motivierten Einsatz willkürlicher Haft als Teil der Unterdrückungspolitik der Regierung. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Venezuela schätzen, dass zurzeit etwa 300 Personen aus politischen Gründen inhaftiert sind. Laut der Organisation Foro Penal sind es seit 2014 mehr als 15.700 Personen.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie höflichauf, die neun oben genannten Inhaftierten unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
S. E. Herr Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10, 10785 Berlin